KOMMENTAR VON BERNHARD PÖTTER

Das Endspiel um das Weltklima beginnt

Die UN-Klimaverhandlungen sind derzeit ausserordentlich erfolgreich. Ein vollkommener Kurswechsel gelingt jedoch nur mit Druck von der wachsenden Klimabewegung.

«Flutet die Wall Street!» Protest am 22. September im New Yorker Finanzbezirk im Vorfeld des Klimagipfels. FOTO: ANDREW KELLY, KEYSTONE

Zwischen Drama und Hoffnung liegt manchmal nur eine Woche. Als am 2. November der Weltklimarat IPCC in Kopenhagen eine Zusammenfassung seines 5. Sachstandsberichts präsentierte, schrillten die Alarmglocken so laut wie schon lange nicht mehr. Bis 2050 müssen die globalen Emissionen der Treibhausgase um vierzig bis siebzig Prozent sinken, um die Klimaerwärmung unter zwei Grad zu halten. Das erfordert einen radikalen Umbau der Energieversorgung. «Wenn wir weitermachen wie bisher, entgleiten uns die Möglichkeiten, den Klimawandel zu begrenzen», warnte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon.

Eine Woche später traten US-Präsident Barack Obama und Chinas Präsident Xi Jinping in Beijing vor die Kameras und verkündeten überraschend einen Klimadeal zwischen den beiden Kohlenstoff-Supermächten: Die USA planen, bis 2025 etwa 27 Prozent weniger CO_2 auszustossen als 2005, China will seine CO_2-Emissionen spätestens ab 2030 senken. Zwar sind die Zahlen wenig ambitioniert (das US-Ziel ist etwa halb so hoch wie das Versprechen der EU beim Klimaschutz), aber die Freude war gross.

So schwankt die internationale Klimapolitik derzeit zwischen Entsetzen und freudiger Erwartung. Einerseits gibt es in der realen Welt des Klimawandels nichts zu feiern: Weltweit nimmt die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl immer schneller zu, was vor allem auf die wirtschaftliche Aufholjagd der Schwellenländer zurückgeht. Die Temperaturen klettern nach oben, ein Hitzerekord jagt den nächsten. Um das Klima zu schützen, müssten jedes Jahr zehn Milliarden Tonnen CO_2 weniger produziert werden – das entspricht etwa 250 Mal der Menge, die die Schweiz ausstösst.

Andererseits herrscht bei den KlimadiplomatInnen Optimismus. Ein Jahr vor der grossen Klimakonferenz in Paris, bei der alle Staaten ein umfassendes Klimaabkommen schliessen sollen, macht ihre Karawane in Lima eine letzte Zwischenstation. Die Umrisse für ein solches Abkommen zeichnen sich bereits ab: ein verpflichtender Kern mit freiwilligen Reduktionsvorschlägen. Eine ausgeklügelte Choreografie soll den nötigen Druck aufbauen: Seit einem Jahr legt der IPCC regelmässig die Klimabilanzen des Schreckens vor, im September redete UN-Chef Ban Ki-Moon den Staatschefs bei einem ausserplanmässigen Klimatreffen in New York ins Gewissen; weltweit meldete sich die Umweltbewegung lautstark zu Wort. ÖkonomInnen legen Studien vor, nach denen sich Wachstum und Klimaschutz gut vereinbaren lassen. «Es kostet nicht die Welt, den Planeten zu retten», heisst es immer wieder. Dann erhöhte im Oktober die EU ihr Klimaziel bis 2030 auf eine CO_2-Reduktion von vierzig Prozent. Und schliesslich legten die Industrieländer auch noch 9,3 Milliarden US-Dollar für den «Grünen Klimafonds» der Uno auf den Tisch, um erneuerbare Energien und die Anpassung an den Klimawandel in den armen Staaten zu finanzieren.

Es ist absurd: Die Klimakonferenzen sind, ebenso wie das viel geschmähte Kyoto-Protokoll, sehr erfolgreich. Sie haben Ziele formuliert, Institutionen geschaffen, neue Techniken gefördert und Geld zusammengebracht. Das Kyoto-Protokoll hat sein Klimaschutzziel deutlich erfüllt. Gleichzeitig steht der Klimawandel kurz davor, ausser Kontrolle zu geraten.

Es wird ein Jahr harten Verhandelns brauchen, um diesen Widerspruch in Paris wenigstens halbwegs zu lösen. Entschieden werden diese Fragen aber in Beijing, Washington, Brüssel, Brasilia und New Delhi. Regierungen bewegen sich, wenn sie unter Druck geraten: durch eine weltweit wieder wachsende Klimabewegung, durch die öffentliche Meinung und durch eine Industrie, die die Risiken der Zukunft realistisch einschätzt. US-Präsident Obama wird eine sehr laute Umweltbewegung im Rücken brauchen, um gegen die mächtige Koalition aus RepublikanerInnen und Ölkonzernen zu bestehen. Auch die neu gebildete EU-Kommission muss erst durch Druck von den Bewegungen und über die Mitgliedstaaten dazu gebracht werden, gegenüber den Kohlebaronen nicht einzuknicken. Und in China entscheiden der Kohlesmog und der Protest in den grossen Städten darüber, wie schnell der KP beim Klimaschutz der Atem ausgeht.

> Weltweit nimmt die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl immer schneller zu.

Letztlich braucht es allerdings auch ökonomischen Druck. In Europa müssen sich die Firmen, die von einem funktionierenden Emissionshandel profitieren, endlich offen gegen die Bremser in der eigenen Branche stellen. In den USA muss die Wirtschaft realisieren, dass die Zukunft in grünen Technologien und nicht bei Fracking-Energie liegt. Und in China wird entscheidend sein, wie schnell das Land den Abschied von der dreckigen Kohle schafft. Die nötige technische Hilfe wird die Regierung bekommen, wenn sie Innovationen belohnt und das Urheberrecht besser schützt.

Aber selbst wenn Lima und Paris erfolgreich sind: Die Arbeit geht danach erst richtig los. Eine weltweite Energiewende wird Jahrzehnte dauern, die Anpassung an den Klimawandel wird die Menschheit ewig begleiten. Das wird eine lange und teure Angelegenheit, die Uno schätzt die Kosten auf etwa 400 Milliarden US-Dollar im Jahr. Aber das Geld wäre eigentlich da: Allein die jährlichen Subventionen für fossile Energien liegen bei 550 Milliarden US-Dollar.

EN PASSANT

Grossvater Pido

VON RAINER WERNING

Da stand er nun und hatte Briefe und ein paar Orangen dabei. Eine Stunde schon warteten er und seine Frau Medy unter einem mickrigen Vordach in sengender tropischer Mittagshitze. Aufgeben oder durchhalten? Natürlich hielt er durch. Pedro Gonzales lässt sich nicht leicht einschüchtern. Das hat er vielfach bewiesen. Und deswegen ist der Kettenraucher in der philippinischen Hauptstadt Manila auch bekannt wie ein bunter Hund. Seine zahlreichen FreundInnen nennen ihn Tata Pido, Grossvater Pido; überall auf den Philippinen bekommen Leute, die man schätzt, einen Spitznamen verpasst.

Dass Pido so berühmt wurde, liegt an einem Vorfall, der über elf Jahre her ist. Damals sprang er dem Tod von der Schippe. Im Mai 2004 hatten zwei maskierte Männer neun Schüsse auf ihn abgefeuert. Eine Kugel traf ihn unterhalb des linken Ohrs und trat durch seine rechte Backe aus. Nur weil Freunde zugegen waren und ihn sofort ins nächstgelegene Krankenhaus brachten, glückte Pido ein zweites Leben. Knapp zwei Wochen später war er wieder auf den Beinen. Ein Bild, das damals schnell die Runde machte, zeigt ihn, gestützt auf einen Rollator, mit geballter Faust. Kühn die Botschaft: «Seht her, ihr wolltet mich zur Strecke bringen, aber ich habe überlebt!»

Die Täter aus dem Dunstkreis des Südluzon-Kommandos der Streitkräfte wurden nie gefasst. Das Motiv: Pido, der sich ab Anfang der siebziger Jahre für die Bauernbewegung KMP engagiert hatte und Vizepräsident der Fischervereinigung Pamalakaya war, wurde beschuldigt, in seiner Heimatprovinz Quezon hochrangiges Mitglied der kommunistischen Neuen Volksarmee zu sein. Dass Pido 2004 auf der linken Liste Anakpawis (Söhne des Schweisses) für einen Sitz im Provinzparlament kandidierte, verstärkte den Verdacht. Schliesslich sind – tatsächliche oder vermeintliche – KommunistInnen, egal welcher Sorte, für die philippinische Regierung StaatsfeindInnen.

Und während er so dasteht und wartet, sagt Pido mit leicht sarkastischem Unterton: «Früher habe ich dieses Land gern als ‹Perle des Orients› beschrieben. Übrig geblieben ist lediglich der Orient. Die Perle ist längst weg, sie wurde uns geklaut.» Doch dann lässt ihn das Wachpersonal doch hinein in den Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses Camp Bagong Diwa (siehe WOZ Nr. 29/14), in dem über zwei Dutzend politische Gefangene weggesperrt sind. Sein Besuch klappte überraschenderweise reibungslos. Obwohl man den Wärtern ansah, dass sie ihn am liebsten dort behalten hätten.

Rainer Werning berichtet für die WOZ regelmässig aus Südost- und Ostasien.

BRASILIEN

Schmierentheater um Erdölkonzern

Der Korruptionsskandal um Petrobras hat auch sein Gutes: Zum ersten Mal ermittelt die Justiz frei von politischer Einflussnahme.

VON PHILIPP LICHTERBECK, RIO DE JANEIRO

Im Tagesrhythmus gibt es neue Enthüllungen, zuletzt etwa die Nachricht, Staatsanwälte aus Brasília würden Bankkonten in der Schweiz untersuchen, vor allem bei der Credit Suisse. Unter anderem soll dort Paulo Roberto Costa, ehemals Direktor des staatlichen Erdölkonzerns Petrobras, 27 Millionen US-Dollar gebunkert haben. Schmiergelder, vermuten die ErmittlerInnen. Wenn das stimmt, wäre Costas Konto Teil eines weitverzweigten Systems von illegalen Geldflüssen rund um das grösste staatliche Unternehmen Lateinamerikas. Seit März schon schwelt der Korruptionsskandal um Petrobras und rückt immer näher an die eben wiedergewählte Präsidentin Dilma Rousseff von der linken Arbeiterpartei: Sie war zwischen 2003 und 2010 Aufsichtsratsvorsitzende des Erdölunternehmens, in den ersten Jahren noch als Energieministerin, und hätte eigentlich wissen müssen, was dort passiert.

Petrobras ist nicht irgendein Konzern, sondern so etwas wie eine Ikone des brasilianischen Nationalbewusstseins. 1953 gegründet, beschäftigt die Firma rund 90 000 Angestellte, raffiniert 98 Prozent des in Brasilien konsumierten Benzins und unterhält Beziehungen zu etwa 20 000 Partnerunternehmen. Sie ist verantwortlich für zehn Prozent aller in Brasilien getätigten Investitionen. Obschon die Firma offen ist für Fremdkapital, ist der brasilianische Staat nach wie vor grösster Anteilseigner und kontrolliert das Unternehmen. Der Korruptionsskandal geht also letztlich zulasten der brasilianischen SteuerzahlerInnen.

«Sie wussten alles»

Das spätestens seit 1999 praktizierte Schema war im Grund einfach: Wer einen der lukrativen Bau- oder Zulieferaufträge von Petrobras wollte, musste dafür bezahlen. Es gab feste Prozentsätze, die als Schmiergeld auf die Auftragssumme geschlagen wurden. Die so überhöhten Abschlüsse sollen sich auf insgesamt umgerechnet rund 23 Milliarden Franken addieren. Im Lauf des Jahrs hat die Bundespolizei deshalb bereits Dutzende Personen verhaftet. Darunter finden sich die Spitzen neun grosser Baukonzerne, die unter anderem die umfangreichsten Infrastrukturprojekte des Lands abwickeln – zum Beispiel die Bauten für die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro.

Ins Rollen gebracht hatte die Untersuchung der Devisenhändler Alberto Youssef, der die Herkunft illegaler Gelder verschleiern sollte. Als das rechtskonservative Nachrichtenmagazin «Veja» kurz vor der Stichwahl um die Präsidentschaft Exstaatschef Lula da Silva und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff mit dem angeblichen Youssef-Zitat «Sie wussten alles» auf die Titelseite brachte, wurde dies aber zu Recht als plumper Manipulationsversuch verstanden.

Trotzdem ist Rousseffs Arbeiterpartei (PT) tief in das Schmiergeldsystem verstrickt. Von jedem Vertrag flossen drei Prozent in die Kassen der PT. Weitere drei Prozent gingen an Brasiliens grösste Partei, die konservative PMDB, wichtigster Koalitionspartner der PT. Der kleinere rechtskonservative Koalitionspartner PP erhielt immerhin noch ein Prozent.

Mit dem Rücken zur Wand hat die Präsidentin nun volle Aufklärung versprochen. Rousseff hatte sich in den ersten beiden Jahren ihrer ersten Amtszeit einen Namen als Sauberfrau gemacht und etliche Minister wegen Korruption entlassen. Dann erlahmte ihr Engagement. Trotzdem: Noch nie wurde gegen so viele PolitikerInnen wegen Korruption ermittelt wie heute. Zudem gibt es seit 2010 das Gesetz «Saubere Akte», nach dem KandidatInnen für öffentliche Ämter gesperrt werden, wenn die Justiz gegen sie ermittelt.

«Alle wussten es»

Das eigentlich Neue am aktuellen Skandal ist deshalb, mit welcher Freiheit die Bundespolizei agieren kann – nämlich ohne politische Einflussnahme. Niemand bezweifelt, dass in Brasilien seit Jahrzehnten auf allen wirtschaftlichen wie politischen Ebenen Korruption herrscht. Der einflussreiche Unternehmer Ricardo Semler hat dies in der Zeitung «Folha de S. Paulo» so beschrieben: Es gebe keinen einzigen Manager, der nichts von der seit vierzig Jahren herrschenden Korruption bei Petrobras wusste. Dutzende weitere Staatsfirmen würden ähnliche Schmiergeldschemata benutzen. PolitikerInnen und Parteien liessen sich mieten und kaufen, auch diejenigen, die nun «Foul» schrien.

So eröffnet der Petrobras-Skandal endlich die Möglichkeit, gegen die kriminelle Verzahnung von Wirtschaft und Politik vorzugehen. Als möglicher erster Schritt wird derzeit über eine Obergrenze für Spenden aus der Wirtschaft an Parteien und EinzelpolitikerInnen diskutiert. Die Opposition und die tonangebenden konservativen Medien jedoch haben daran kein grosses Interesse: Sie wollen den Skandal einzig der PT anlasten.